

## ***Illegale Migration: Positionen und Bekämpfungsmaßnahmen der Maghrebstaaten***

Hanspeter Mattes

Am 10. und 11.7.2006 fand in Rabat die erste euro-afrikanische Migrationskonferenz statt, an der die 25 EU-Staaten, fünf weitere europäische Staaten und 27 afrikanische Staaten teilnahmen. Ergebnisse waren eine gemeinsame politische Erklärung und ein Aktionsplan zur Bekämpfung der Süd-Nord-Migration.

### **Analyse:**

Der kontinuierliche Versuch überwiegend jüngerer männlicher Nordafrikaner (hauptsächlich aus Marokko und Algerien) sowie von „Transitmigranten“ aus den subsaharischen afrikanischen Staaten, aber auch aus Staaten wie Pakistan und China, über die Hauptrouten Mauretanien – Kanarische Inseln (Spanien), Nordmarokko – Ceuta/Melilla oder Südspanien sowie Libyen – Lampedusa/Südtalien nach Westeuropa zu gelangen, hat sich in den letzten Jahren deutlich verstärkt. Den Forderungen der EU an die Maghrebstaaten, die illegale Migration einzudämmen, steht die Position der Maghrebstaaten gegenüber, dass sie nicht die „Gendarmen Europas“ seien und im Übrigen das Migrationsproblem ein überregionales, wenn nicht gar ein globales Problem darstelle, das folglich auch nur überregional/global angegangen werden könne.

- Trotz der divergierenden Ausgangspositionen ist es angesichts der Dimension und der Dringlichkeit des Migrationsproblems sowie der beiderseitigen Sicherheitsinteressen zu einer Kette bi- und multilateraler Treffen gekommen, an deren Ende der Aktionsplan von Rabat stand.
- Die Maghrebstaaten haben in den letzten vier Jahren nicht zuletzt unter EU-Druck eine konsequentere Politik der Bekämpfung illegaler Migration verfolgt. Hierzu gehörten nicht nur die intensivere Kooperation mit EU-Staaten, sondern auch verstärkte polizeiliche Gegenmaßnahmen und eine rigorose Abschiebepaxis („Reparierungmaßnahmen“).
- Trotzdem wird das Migrationsproblem nicht kleiner werden: Das hohe Bevölkerungswachstum und die anhaltende sozioökonomische Misere in Afrika sorgen für fortgesetzt hohen Migrationsdruck.

*Keywords:* Migration, Nord-Süd-Beziehungen, Beziehungen Europa-Afrika

## 1. Die Rahmenbedingungen der Migration

### 1.1. Migrationsursachen

Illegale Migration ist nicht nur nach Ansicht der *Internationalen Organisation für Migration* ein gravierendes globales Problem und eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die globale Bevölkerungszunahme von 6,5 Milliarden (2005) auf 9,1 Milliarden Menschen (2050) wird sich nach Angaben der UNFPA in Afrika überproportional mit einer Steigerung von 906 Millionen auf 1,937 Milliarden Menschen niederschlagen und damit die Hauptgrundlage für eine weiter forcierte binnenafrikanische, aber auch transkontinentale Migration – von Afrika nach Europa – legen. UN-Generalsekretär Annan seinerseits meinte schließlich im Herbst 2005 auf dem Höhepunkt der Versuche schwarzafrikanischer Migranten, von Marokko aus gewaltsam in die spanische Enklave Melilla einzudringen, es sei naiv zu denken, man könne die „Mobilität von Menschen“ mit Gewalt unterbinden und rief als Lösungsansatz zu einer besseren „Verwaltung der Migrationsströme“ auf. Tatsache ist, dass gegenwärtig jährlich trotz aller Bekämpfungsmaßnahmen rund 25.000 Schwarzafrikaner, mehrere Hundert Maghrebener und rund 5.000 Migranten aus asiatischen Staaten über die Maghrebstaaten nach Westeuropa illegal einwandern. Die Zahl der Migrationswilligen ist allerdings um ein Vielfaches höher, nicht nur derjenigen im „Wartestand“ vor allem in den Transitstaaten Mauretanien, Algerien, Libyen (und Mali),<sup>1</sup> sondern in weit höherer Zahl auch derjenigen in den Ursprungsländern südlich der Sahara.<sup>2</sup>

Die Migrationsursachen liegen zum einen im faktischen Ungleichgewicht des Entwicklungsnieveaus zwischen Afrika südlich der Sahara und Europa, zum anderen aber auch in der politischen Lage in den afrikanischen Staaten:

<sup>1</sup> Geographische Zentren, an denen sich jeweils Tausende illegaler Migranten sammeln, sind Nador und Tanger (Nordmarokko), Maghnia und Tamanrasset (Algerien) sowie Tripolitanien (Libyen). Allein in Libyen halten sich 500.000 bis eine Million Schwarzafrikaner auf, die nach Europa wollen.

<sup>2</sup> So schätzt der italienische Geheimdienst die Zahl der potenziellen (illegalen) Migranten aus den subsaharischen Staaten Afrikas auf 1 bis 1,5 Millionen Menschen (*Réalités*, Tunis, 30.10.2003). Spanische Stellen gehen von 17 Millionen „Kandidaten“ aus (El Khabar, Algier, 29.8.2006).

- Für das subsaharische Afrika und auch – wenngleich in geringerem Umfang – für die Maghrebstaaten stellen Armut, schwindende Überlebenschancen als Folge von Desertifikation, Arbeitsplatzdefizite (allgemein oder an qualifizierten Arbeitsplätzen für Diplomierte) die Hauptursache für den Migrationswunsch dar, der angesichts nicht bestehender legaler Möglichkeiten die Form der Illegalität annimmt.<sup>3</sup> Hinzu kommen spezifische politische Ursachen, in der Regel bewaffnete Konflikte. Allein Algerien haben so seit 1994 mit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen rund 400.000 Menschen verlassen. Die Misere vor Ort verdichtet sich in Kombination mit dem Mythos paradiesischer Zustände in Europa zum Migrationswunsch „um jeden Preis“.<sup>4</sup>
- Neben den hausgemachten Push-Faktoren gibt es aber auch einen gravierenden EU-internen Pull-Faktor. Dieser besteht darin, dass Spanien und auch Italien immer wieder dem illegalen Aufenthalt von Migranten, die eine bestimmte Zeit im Lande leben, einen legalen Status einräumen. So erhielten 2004/05 aus wirtschaftlichen Gründen (Boom im Bausektor) 700.000 illegale Migranten in Spanien Aufenthaltsgenehmigungen (Niederlassungsbewilligungen); Italien legte für 2006 eine Quote von 517.000 Aufenthaltslegalisierungen fest. Unter diesen Umständen und aufgrund der Propagierung der EU als „attraktivstes (Demokratie-)Modell der Welt“<sup>5</sup> braucht man sich über anhaltenden Immigrationsdruck nicht zu wundern.

### 1.2. Migrationsrouten

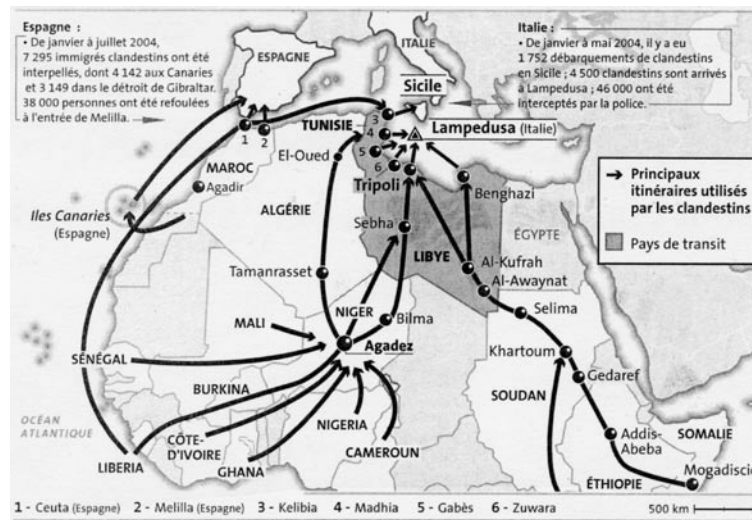
Der Maghreb ist aufgrund seiner geopolitischen Lage eine Drehscheibe für die illegale Migration nach Europa. Dabei sind einzelne Staaten (Marokko, Algerien) mehr als andere genuine Entsendeländer. Die einzelnen Transitrouten, die wiederum schwarzafrikanische Migranten benutzen, um mit Booten auf europäisches Territorium (einschließlich der Kanarischen Inseln) überzusetzen, variieren infolge nationaler Bekämpfungsmaßnahmen.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. die Reportage „Barca Walla Bàrsaq – Barcelona oder Tod. Wie Senegalesen über die Migration nach Europa denken“, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 8.7.2006, S. 4.

<sup>4</sup> *El Watan*, Algier, 23.1.2003.

<sup>5</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 25.8.2006.

## Karte 1: Die Routen illegaler Migranten nach Nordafrika



Quelle: Le Monde, Paris, 25.8.2004

Seit die marokkanischen Behörden Ende 2005 den Transitausgangspunkt Nordmarokko blockiert haben, sind wegen der unterschätzten Flexibilität der Migranten heute entsprechend die Routen Mauretaniens – Kanarische Inseln und Tunesien/Libyen – Süditalien stärker frequentiert. Allein auf den Kanarischen Inseln sind so im ersten Halbjahr 2006 über 20.000 Illegale mit steigender Tendenz (im September 2006 teilweise 1.000 Illegale pro Tag) angelandet. Das heißt, innerhalb des Maghreb hatten und haben die einzelnen Staaten unterschiedlich hohe Bedeutung als Transitland.

Die beiden zentralen Transitländer sind wegen ihres großen saharischen Hinterlandes Algerien und Libyen (vgl. Karte 1):

- Libyen konzentriert auf sich die aus dem Sudan/Ostafrika kommende Ostroute und die über Niger (Agadez) kommende Zentralroute (Einzelheiten bei Hamood 2006).
- Algerien ist Endpunkt der über Mali (Gao) und Niger führenden Zentralrouten, wobei Tamanrasset in Südalgerien die erste Etappenstation darstellt<sup>6</sup> und Oran oder das grenznahe Maghnia in Westalgerien den Ausgangspunkt für den weiteren Transit nach Nordmarokko bilden. Derzeit sollen rund 16.000 illegale Einreisen pro Jahr an der algerischen Südgrenze stattfinden.

<sup>6</sup> Vgl. El Watan, 20.4.2006 (L'Algérie, le nouvel Eldorado).

Trotz der schwierigen Routenbedingungen (zahlreiche Verdurstete auf den langen Wüstenstrecken) und den zahlreichen Opfern auf See (vor den Kanarischen Inseln, vor Südspanien und Süditalien)<sup>7</sup> reißt der Strom der Migranten nicht ab. Ob derzeitige Aktivitäten marokkanischer NRO oder afrikanischer Sänger wie Youssou Ndour<sup>8</sup> zur Demystifizierung des vermeintlichen Eldorado Europa oder zugunsten eines „Zukunftsprojekts Afrika“ hier Erfolg haben werden, ist eher zu bezweifeln.

## 2. Die Positionen der Maghrebstaaten

Die politischen Positionen der Maghrebstaaten reflektieren zwei Handlungszwänge: Der erste ist die nationale Sicherheitslage, die durch die hohe Präsenz illegaler Migranten als gefährdet angesehen wurde/wird; insbesondere sowohl die sich verfestigenden Strukturen organisierter Kriminalität im höchst profitablen Menschenhandel (Entstehung marokkanischer, algerischer und libyscher Schleuserringe) als auch die sich aus-

<sup>7</sup> Seit den ersten Ertrunkenen im Oktober 1988 ist die Zahl der Opfer auf den Transitrouten auf mindestens 5.149 registrierte Tote im August 2006 angestiegen. Allein im ersten Halbjahr 2006 wurden vor den Kanarischen Inseln 490 ertrunkene Bootsflüchtlinge geborgen, 2.000-3.000 werden vermisst. Vgl. die Statistik der NRO „Forteresse Europe“.

<sup>8</sup> Jeune Afrique, 6.8.2006 (Musique: Dakar contre „l'émigration de la honte“).

breitende Kriminalität (Diebstahl und Raubdelikte durch Migranten zum reinen Überleben oder zum Aufbringen der nötigen Mittel für die Fortsetzung der Reise) gepaart mit Prostitution und Gesundheitsproblemen zwangen zu staatlichen Gegenmaßnahmen. Die zehntätigen Ausschreitungen von Teilen der libyschen Bevölkerung im westlibyschen Zawiya im September 2000 gegen schwarzafrikanische Migranten (sechs Todesopfer) als Folge einer zu hohen Präsenz illegaler Migranten wurde in den anderen Maghrebstaaten als „warnendes Beispiel“ instrumentalisiert.

Der zweite Handlungszwang war der externe Druck von Seiten der EU und der am stärksten von den illegalen Einreisen betroffenen Staaten Spanien und Italien. Das Scheitern der Politik „Festung Europa“ bedeutete einen Kurswandel der europäischen Staaten, der neben der Ausübung von Druck auf die „Verursacher des Migrationsproblems“, das heißt die Maghrebstaaten (mit ihren zu ineffizienten Grenzkontrollen), eigene repressive Maßnahmen<sup>9</sup> und die Bereitschaft zur Diskussion einer umfassenden politischen Lösung (Stichwort „Aktionsplan Afrika“ der Konferenz zur Migration in Rabat) umfasste.<sup>10</sup> Auf alle drei EU-Aktionsformen – Druck, Repression und Verhandlungsbereitschaft – reagierten die Staatsführungen der Maghrebstaaten.

### 3. Politische Haltung zur Migration und zum EU-Druck

In allen Maghrebstaaten wird an der europäischen Funktionszuweisung zur rigorosen Bekämpfung der lokalen, insbesondere aber der Transitmigration, Kritik geübt. Die algerische Zeitung *El Watan* kritisierte am 5.4.2005 den Versuch, den Maghreb zum Bollwerk gegen die Südmigration zu machen. Politiker und Vertreter von NRO wehren sich dagegen, in eine Gendarmenrolle im Dienste der EU

<sup>9</sup> Der massive Anstieg der Zahl illegaler Migranten aus Libyen ließ die italienische Regierung unter Ministerpräsident Berlusconi z.B. im Oktober 2004 zum Mittel der Deportation greifen; weit über 500 Migranten wurden so nach Libyen ausgeflogen. Spanien hat in gleicher Weise seit 2004 immer wieder Gruppen von Migranten u.a. in die Westsahara ausgewiesen. Die spanische Regierung will auch die seit 2003 illegal nach Spanien eingereisten 6.500 minderjährigen Marokkaner repatriieren.

<sup>10</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 13.10.2005 (Wie Afrikas Migrationsströme bewältigen? Die EU berät neue Konzepte).

gepresst zu werden. Für maghrebische NRO ist dies nichts anderes als das Unterfangen, die Repression gegen illegale Migranten von Europa in den Maghreb auszulagern. Am prominentesten artikuliert dies der libysche Revolutionsführer Qaddafi gegenüber dem italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi im August 2004: „Libyen kann nicht die Küstenwache für Europa spielen.“

In allen Maghrebstaaten ist auch die Auffassung anzutreffen, dass der polizeiliche Ansatz zur Bekämpfung der illegalen Migration allein keine Lösung des Problems bringe. Nouzha Chekrouni, die marokkanische Ministerin für die Auslands-marokkaner, hat als eine der ersten den dominierenden Sicherheitsansatz der Europäer kritisiert und auf internationalen Treffen politische Maßnahmen angemahnt. Illegale Migration, so der Tenor der maghrebischen Politiker, ist eine „Angelegenheit aller“ und erfordere einen umfassenden Ansatz, in dem neben polizeilichen Maßnahmen vor allem – so der marokkanische Premierminister Driss Jettou exemplarisch am 9.10.2004 – die Entwicklung der Regionen, die besonders stark Migration generieren, notwendig sei.<sup>11</sup> Dieser Globalansatz der wirtschaftlichen Entwicklung von Migrationsgebieten hat zur Forderung der Maghrebstaaten (u.a. König Mohammeds VI. am 17.1.2005) geführt, dass die EU-Staaten sich stärker als bisher in Nordafrika und dem subsaharischen Afrika entwicklungspolitisch engagieren sollen. Insbesondere Libyen hat hier ein europäisches Engagement in Afrika südlich der Sahara gefordert, weil das Land selbst unter der Transmigration (die Gesundheitsprobleme und Kriminalität mit sich bringt) zu leiden habe. Die maghrebische Presse hat deshalb auch den europäischen Arbeitgebern auf ihrem Gipfel in Barcelona im November 2005 beigeplottet, die als effektivstes Mittel zur Bekämpfung der Migration die Schaffung von Arbeitsplätzen im Süden bezeichneten.

Andererseits gibt es in den Maghrebstaaten in der Presse auch Stimmen von NRO-Vertretern, die als Folge der demographischen Probleme der meisten europäischen Staaten die Frage stellen, „wo das Problem sei“, würden doch die jugendlichen Arbeitnehmer aus dem Maghreb auf dem überalterten Arbeitsmarkt in Europa ein „Plus“ darstellen (L'Opinion, 13.11.2003). Diese Sicht stellt indes nur den quantitativen Aspekt in den

<sup>11</sup> Vgl. z.B. L'Opinion, Rabat, 18.7.2004 (Pour une approche globale et intégrée).

Vordergrund und nimmt keine Rücksicht auf den qualitativen Aspekt, der sich in der EU in der Diskussion der „selektiven Einwanderung“ (das heißt qualifizierter Migranten) niederschlägt.

#### **4. Haltung zur bi- und multilateralen Migrationsbekämpfung**

Der immer wieder von den maghrebinischen Politikern postulierte Globalansatz, der auch von zahlreichen euro-afrikanischen NRO zuletzt anlässlich einer Konferenz in Rabat am 1.7.2006<sup>12</sup> unterstrichen wurde, hat seit Ende 2001/02 zu einer sich verdichtenden Kette bi- und multilateraler Gesprächsrunden geführt.

Bilateral dominierten Gespräche zwischen marokkanischen und spanischen Politikern, zwischen algerischen und italienischen/spanischen Politikern sowie zwischen libyschen und italienischen Politikern; die bilateralen Gespräche Mauretanien-Spanien sind hingegen eine Reaktion auf die Migrationszunahme auf den Kanarischen Inseln seit dem zweiten Halbjahr 2005. Hinzu kommen stets auch Gespräche mit der EU. Neben der Forderung der EU an die südlichen Nachbarstaaten, den Kampf gegen die illegale Migration zu verstärken, zeichnete sich seit 2003 immer deutlicher die europäische Bereitschaft zu einer euro-afrikanischen Grundsatzkonferenz ab, weil auch die multilateralen Diskussionen der Migrationsfrage insbesondere im Rahmen der 5+5-Kooperation nur technische Kleinlösungen zustande brachten.<sup>13</sup> Die euro-afrikanische Migrationskonferenz in Rabat vom Juli 2006, an der Algerien wegen bilateraler Querelen mit Marokko als einziger betroffener Staat nicht teilnahm, wurde trotz aller unterschiedlichen Interessen und trotz allen Dissenses in Einzelaspekten als Erfolg gewertet, weil erstmals in der verabschiedeten politischen Erklärung der partnerschaftliche Ansatz zur Lösung des „Phänomens der Migrationsrouten“ festgeschrieben und im beigeordneten Aktionsplan der Aspekt Entwicklungsförderung als zentrales Instrument zur Eindämmung von Migration genannt

<sup>12</sup> Vgl. Manifeste de Rabat. Conférence non gouvernementale euro-africaine sur les migrations, les droits fondamentaux et la liberté de circulation.

<sup>13</sup> Seit Oktober 2003 fanden über 20 Konferenzen der Innen-, Außen- und Verteidigungsminister der fünf europäischen Mittelmeerstaaten Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Malta und der fünf Maghrebstaaten zu Migrationsaspekten statt.

wurde. So sollen in den nord- und subsaharischen Hauptauswanderungsgebieten Projekte in arbeitsintensiven Sektoren (Landwirtschaft, Fischerei, Handwerk, Tourismus) besonders gefördert und investive Geldtransfers von Migranten erleichtert werden, stellen diese doch nach Angabe des neuesten Weltbevölkerungsberichts der UNO vom September 2006 einen zentralen Faktor der Entwicklungshilfe dar. Die Reaktion in den Maghrebstaaten auf die Konferenzergebnisse mit ihrem Plädoyer für einen „Marshall-Plan Afrika“ war überwiegend positiv, der marokkanische Kooperationsminister Fassi Fikri sprach gar von einem „eklanten“ Erfolg. Dennoch ist offensichtlich: Die Umsetzung des Aktionsplans kann nur langfristig Resultate zeigen.

#### **5. Die Bekämpfungsmaßnahmen der Maghrebstaaten**

Unter dem Druck der EU und der nationalstaatlichen Erfordernisse haben die Maghrebstaaten in den letzten Jahren ihren Kampf gegen die illegale Migration mit gesetzgeberischen Maßnahmen, der Gründung neuer Behörden und der drastischen Anwendung bestehender Gesetze einschließlich einer forcierten Deportation aufgegriffener illegaler Migranten verschärft. Die Maghrebstaaten konnten bei der Umsetzung dieser Maßnahmen sowohl auf EU-Finanzhilfen (Marokko 67,5 Mio. € im Juli 2006, Algerien 10 Mio. € im Rahmen von MEDA II im November 2005) als auch auf technische Hilfe (Polizeiausbildung, Expertentreffen) zurückgreifen. Die Bildung gemeinsamer Patrouillen auf See ist allerdings erst eine jüngere und zurzeit in Kooperation mit der seit Oktober 2005 einsatzbereiten *Frontex* (Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedsstaaten der EU) erfolgende Entwicklung. Den Anfang machten hier im Sommer 2004 die *Gendarmerie Royale* (Marokko) und die *Guardia Civil* (Spanien) mit gemeinsamen Küstenschutzpatrouillen vor den Kanarischen Inseln, gefolgt von Patrouillen in der Straße von Gibraltar. Im Mai 2006 gab es erste gemeinsame mauretanisch-spanische Patrouillen vor der mauretanischen Küste. Die von Italien gewünschten gemeinsamen Patrouillen mit der libyschen Küstenwache sind bislang am libyschen Widerstand (siehe unten) gescheitert. Dafür gibt es von September 2006 an die *Jason 1* genannten Überwachungsoperationen

italienisch-maltesisch-griechischer Patrouillenboote entlang der libyschen Seegrenze.

Diese „Militarisierung der Grenzsicherung“ setzt sich landesintern fort, weil alle Maghrebstaaten (außer dem weniger betroffenen Tunesien) an ihren Südgrenzen die Grenzüberwachungsorgane verstärken – ohne allerdings die Perfektion der spanischen Grenzsicherung der beiden Enklaven Ceuta und Melilla zu erreichen.

### 5.1. Marokko

In Marokko hat sich wegen der Dringlichkeit des Migrationsproblems besonders im Küstengürtel Tanger-Ceuta-Melilla der Kampf gegen die illegale Migration seit 2003 deutlich verschärft. Ausgangspunkt für diese Verschärfung der Bekämpfungsmaßnahmen war eine Kabinettsitzung am 11.11.2003, auf der König Mohammed den besseren Schutz der Grenzen und die Stärkung des Kampfes gegen die Schmuggelnetzwerke forderte. Folge war die Gründung zweier neuer Behörden:

- des *Observatoire de la Migration*, das für die Erstellung einer Datengrundlage bezüglich aller Migrationsaspekte zuständig ist,
- der *Direction de la Migration et de la Surveillance des Frontières*, die für die operative Umsetzung des nationalen Aktionsplans im Kampf gegen illegale Migration zuständig ist. Dadurch ist es gelungen, bereits 2004 425 Schmuggelnetzwerke (+ 60 % gegenüber 2003) auszuheben. Festgenommen wurden 26.000 illegale Migranten, darunter 9.000 Marokkaner und 17.000 aus subsaharischen Staaten. Zugleich wurde die Deportation festgenommener illegaler Migranten in ihre Herkunftsländer deutlich intensiviert. Insgesamt sind nach mehreren Aufstockungen zurzeit (August 2006) 7.000 Mann, davon 4.500 in der Küstenzone, im Kampf gegen die illegale Migration eingesetzt.

### 5.2. Libyen

Ähnliche Schritte gab es in Libyen, wo seit 2003 in dreifacher Weise agiert wurde:

- Die Grenzsicherung wurde verbessert (Aufstockung der Grenzsicherungskräfte), obwohl die langen Land- und Seegrenzen (Landgrenzen: 4.400 km, Küstenlänge: 1.770 km) eine Herausforderung darstellen.

- Mit Gesetz 2/2004 wurde eine neue Polizeieinheit zur Bekämpfung illegaler Migration gebildet.
- Ferner wurde Anweisung zum schärferen Vorgehen gegen Schmuggelnetzwerke und illegale Migranten gegeben, was sich in einem starken Anstieg von Festnahmen und Deportationen niederschlug. So wurden 2003 43.000 Personen repatriert, von Januar 2004 bis Juli 2005 70.000 Personen, 2005 insgesamt 48.000 Personen. Es ist allerdings auch nicht zu leugnen, dass die Bekämpfung der illegalen Migration durch die libyschen Behörden aus politischen Gründen nicht ihren optimalen Wirkungsgrad erfährt, will doch die Revolutionsführung sich nur dann voll engagieren, wenn die EU mehr technische Hilfe leistet und Italien der Erfüllung von weiteren Reparationsforderungen für Schäden während der Kolonialzeit wie dem Bau einer 3,5 Mrd. US-Dollar teuren Küstenautobahn nachkommt.<sup>14</sup>

### 5.3. Algerien

Die algerischen Behörden haben weitaus zögerlicher auf das virulente Migrationsproblem reagiert, was besonders von marokkanischer Seite kritisiert wurde, weil viele Migranten über Algerien nach Marokko einreisen. In Algerien wurde erst am 13.7.2006 von der Polizei (DGSN – Direction Générale de la Sécurité Nationale) die baldige Gründung einer zentralen Behörde zur Migrationsbekämpfung mit 1.000 Mann angekündigt. Bereits 2005 wurde allerdings mit dem Aufbau einer zentralen Migrationsdatenbank begonnen. Intensiviert wurde 2006 die Überwachung an der Grenze zu Mali und Niger mit der Folge, dass dort auch verstärkt festgenommene illegale Migranten repatriert wurden.

In Tunesien und Mauretanien hat es gleichfalls Maßnahmen gegeben, die sich aber weniger institutionell denn in einer repressiveren Politik gegenüber den „harraga“ (den Migranten, die die Brücken hinter sich „verbrennen“<sup>15</sup>) manifestierte. Das tunesische Parlament hat aber im Januar 2004 die Strafen für die Fälschung von Reisedokumenten als Teil der Politik gegen illegale Migration verschärft.

<sup>14</sup> Reuters, 27.8.2006 (Gadhafi uses immigrants to push Rome for highway).

<sup>15</sup> El Watan, Algier, 11.5.2006 (Ces „fous“ de l'ailleurs qu'on appelle harraga).

## 6. Fazit

Die Bekämpfung der Süd-Nord-Migration im westlichen Mittelmeerraum hat sowohl eine sicherheitspolitische als auch eine entwicklungspolitische Dimension. Der sicherheitspolitische Ansatz der Migrationsbekämpfung kann nur ein zusätzliches Kontroll- und Regulierungsinstrument sein, weil er nicht auf die Migrationsursache zielt. Hierfür ist ein regionenübergreifender entwicklungspolitischer Ansatz vonnöten, dessen dämpfende Rückwirkung auf die Migration aber nur eine langfristige ist. Solange jedenfalls die Armut und die Einschränkung der Lebensgrundlagen (u.a. durch Desertifikation) in den afrikanischen Ausgangsstaaten nicht wirksam bekämpft werden, ist die Migration auf Dauer als feststehende Herausforderung in die Außen- und Sicherheitspolitik der „Eldorado-Staaten“ einzuplanen. Diese Herausforderung wird dabei durch den Faktor Bevölkerungswachstum in Afrika zusätzlich verstärkt. Für die EU-Politik bedeutet dies, dass es aufgrund der Komplexität des Migrationsthemas weder einfache noch schnelle Lösungen geben kann. Die Bilder der humanitären Katastrophen vor den Kanarischen Inseln oder Lampedusa werden folglich auch in Zukunft die Medien bestimmen.

## Literatur

- Baldwin-Edwards, Martin: Migration in the Middle East and Mediterranean, Athen, September 2005, [http://www.mmo.gr/pdf/news/Migration\\_in\\_the\\_Middle\\_East\\_and\\_Mediterranean.pdf](http://www.mmo.gr/pdf/news/Migration_in_the_Middle_East_and_Mediterranean.pdf).
- Boubakri, Hassen: Transit migration between Tunisia, Libya and Sub-Saharan Africa, 2004, [http://www.coe.int/t/f/coh%E9sion\\_sociale/migrations](http://www.coe.int/t/f/coh%E9sion_sociale/migrations).
- Fargues, Philippe (Hrsg.), Mediterranean Migration Report 2005, Florenz, EUI-RSCAS 2005, [www.carim.org](http://www.carim.org).
- Hamood, Sara: African Transit Migration through Libya to Europe: The human cost, Kairo (The American University in Cairo), 2006.
- Lahlou, Mehdi: Le Maghreb, une région de transit pour les migrants de l'Afrique sub-saharienne vers l'Union Européenne, o.O., 2004.
- Marges et mondialisation: Les migrations transsahariennes, Themenband der Zeitschrift Maghreb-Machrek, Paris, Nr. 185, Herbst 2005.
- [www.gcim.org](http://www.gcim.org) (Global Commission on International Migration).
- [www.iom.int](http://www.iom.int) (International Organization for Migration).
- [www.unfpa.org](http://www.unfpa.org) (United Nations Fund for Population Activities).

## ■ Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des GIGA Deutschen Orient-Instituts (DOI). Spezialgebiete: Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, Soft-security-Probleme, politische Akteure und Regionalkonflikte.

E-Mail: [mattes@giga-hamburg.de](mailto:mattes@giga-hamburg.de), Website: <http://staff.giga-hamburg.de/mattes>.

## ■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Die Forschung zur Migrationsproblematik ist Teil der Forschungsagenda aller GIGA-Regionalinstitute (z.B. Migration aus Mexiko in die USA, Migration aus Schwarzafrika nach Europa, Migration aus China). Am DOI wurden in den vergangenen Jahren wegen der brisanten Entwicklung der Migrationsströme aus Nordafrika in die EU immer wieder Einzelaspekte aufgegriffen.

## ■ DOI-Publikationen zum Thema

Mattes, Hanspeter: Politisch begründete Migration aus den Maghrebstaaten, in: Koller, Michaela (Hrsg.): Migration aus Nordafrika, Neuried: Deutsche Hochschuledition 2000, S. 31-59 (2. Auflage: 2001).

Mattes, Hanspeter: Illegale Migration aus Nordafrika nach Europa. Ursachen, Formen, Wege und Probleme der Eindämmung, Hamburg, Wuqf-Kurzanalysen, Nr. 8, 1999.

Mattes, Hanspeter: Umwelt-, Migrations- und Drogenprobleme. Bedrohliche Entwicklungen im Mittelmeerraum, in: Internationale Politik, Bonn, 51. Jg., Nr. 2, Februar 1996, S. 3-8.

Mattes, Hanspeter: Die Ausländerpolitik der libyschen Revolutionsführung, in: Becker, Gerd/Karrer, Peter (Hrsg.): Fremdsein – hierzulande und anderswo, Hamburg 1996, S. 51-80.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Nahost wird vom Deutsches Orient-Institut redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter [www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus).

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: [giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de); GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**G I G A** *Focus*  
German ■ Institute of Global and Area Studies  
Deutsches Orient-Institut

IMPRESSUM